



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 81881 - 33

Fernschreiber 6886 890

SPD/XII/269 - 25. November 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Um das tägliche Brot	S. 1
Nach Brentanos Washingtoner Blitzreise	S. 2
Nach der Niederlage Gaillards in Straßburg	S. 3
H.G. Ritzel, MdB.: Keine Experimente, bitte!	S. 4
Die spanische Emigration	S. 7

Brotpreis in Gefahr

Willi Müller, MdB.

Die deutsche Öffentlichkeit ist beunruhigt über Meldungen, durch die jetzt auch eine Erhöhung des Brotpreises angekündigt wird. Wer die Vorgeschichte dieser Meldungen kennt, wird wissen, dass sie gar nicht so überraschend kommen, wie man allenthalben tut. Vor allem nicht der Bundesregierung! Es ist in Fachkreisen kein Geheimnis, dass die Bundesregierung schon vor der Bundestagswahl dieses Ereignis auf sich zukommen sah; aber mit Rücksicht auf die Wahlstimmung nichts unternahm, um ihn entgegenzuwirken.

Dabei hätte sie durchaus die Möglichkeit gehabt, die jetzt zutage tretende Entwicklung abzufangen. Gerade beim Brotgetreide hat die Bundesrepublik einen erheblichen Einfuhrbedarf, der beim Weizen mehr als das Doppelte der inländischen Weizenablieferung ausmacht. Würde die Bundesregierung also auf die Abschöpfungen verzichten, dann könnte sie dem Verbraucher den derzeitigen Brotpreis sichern, zumal der ausländische Weizenpreis mindestens 10,- DM je Doppelzentner unter dem inländischen Preis liegt. Es wäre also durchaus möglich, den landwirtschaftlichen Erzeuger den gesetzlich festgelegten Getreidepreis zu sichern und dem Verbraucher den niedrigeren Weltmarktpreis zugute kommen zu lassen.

Alles hängt also davon ab, ob sich die Bundesregierung entschließen kann, den Kehlpreis auch weiterhin zu subventionieren. Das Ziel einer solchen Massnahme - die Erhaltung des Brotpreises - wäre mit marktkonformen Mitteln durchaus zu erreichen.

An der jetzigen Diskussion über den Brotpreis zeigt es sich aber wieder einmal, dass die Bundesregierung gar keine eigene Wirtschaftspolitik hat. Man sieht zwar manchmal ein Problem auf sich zukommen, verzichtet aber darauf, die durchaus logischen und im Rahmen der Marktwirtschaft liegenden Mittel zur Verhinderung eines Unglücks anzuwenden. Große Worte werden vor Wahlen gesagt - die Taten bleiben jedoch aus, wie die allgemeine Preisentwicklung zeigt.

Wie sprach Professor Erhard seinerzeit in Frankfurt? "Ich werde der Preisentwicklung mit brutaler Gewalt begegnen ...".

Ein Fehlschlag?

sp. Vor seiner Blitzreise nach Washington hat nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" der bundesrepublikanische Außenminister von Brentano erklärt, er werde auf der bevorstehenden Pariser Tagung der NATO für eine "obligatorische Konsultation" zwischen den Mitgliedstaaten eintreten, um in der Atlantischen Allianz eine gemeinsame Willensbildung herbeizuführen. Von Brentanos berief sich dabei auf die Zustimmung des italienischen Außenministers.

Wenn die Verpflichtung zur obligatorischen Konsultation zwischen den Mitgliedstaaten vor entscheidenden Aktionen, die ihr Verhältnis untereinander oder das zur Sowjetunion betreffen, eines der Hauptanliegen von Brentanos in Washington war, so ist er mit seinem Wunsche auf kein Verständnis gestossen. Der amerikanische Außenminister Dulles hat sich definitiv geweigert, irgendeine, die Handlungsfreiheit der Vereinigten Staaten einschränkende Bindung im Rahmen der NATO einzugehen. Dulles handelte hier in Übereinstimmung mit der amerikanischen Verfassung. Diese verbietet der amerikanischen Exekutive die Postlegung auf Verpflichtungen, ohne dass vorher der Kongress befragt worden ist. Es ist eine Situation denkbar, in der die Vereinigten Staaten als die stärkste Macht der NATO Beschlüsse und Entscheidungen dem Veto-Recht ihrer Alliierten unterwerfen. Hatte dies Brentano übersehen? Nach Beendigung seiner Blitzreise liess er zwar verlautbaren, er hätte gar nicht die Absicht gehabt, ein solches Ansinnen dem amerikanischen Außenminister vorzutragen, aber seine vorherigen Äußerungen in Rom lassen diese nachträgliche Interpretation als verlogene Ausflüchte erscheinen.

So ist es kein Wunder, wenn sich das Communiqué - das kürzeste, das jemals über die Begegnung zweier Politiker miteinander befreundeter Staaten ausgegeben wurde - sich auf allgemeine Andeutungen beschränkt und lediglich erwähnt, es habe ein allseitiger, beide Seiten befriedigender Gedankenaustausch stattgefunden. In welcher Richtung sich dieser Gedankenaustausch mit der "erzielten Übereinstimmung" bewegte, bleibt allerdings im Unklaren, sofern man davon absieht, dass beide Politiker über die Notwendigkeit einer Verstärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der NATO-Staaten einig waren. Wenn von Brentano wissen wollte, und es zu erfahren war ja der Sinn seiner Erkundungsfahrt - mit welchen festen Vorstellungen, Leitbildern und Ideen die Vereinigten Staaten in die Mitte Dezember stattfindende Konferenz der NATO-Staaten in Paris treten werden, so erhellten seine mehrstündigen Unterredungen mit Dulles nicht das Dunkel, das über Washingtons Absichten liegt.

Soll das Schwergewicht dieses Treffens der führenden westlichen Staatsmänner in der Herausbildung der politischen oder der militärischen Stärke der NATO liegen? Hier geht es um mehr als um blosse Akzentverteilung. Die Betonung des Militärischen würde unzweifelhaft einen verhängnisvoller Rüstungswettlauf einleiten, von dem niemand heute mit Sicherheit sagen kann, wohin er führt; die Festigung der politischen Stärke der NATO als Antwort auf die vom Machtgefühl geschwellte Sowjetführung würde die Bahn für politische Lösungen offenlassen. Es ist in diesem Zusammenhang ein recht erfreuliches Zeichen, dass sich die amerikanische Regierung in der Vorbereitung zur NATO-Konferenz vor einem so weltweisen und weltklugen Mann wie dem früheren demokratischen Präsidentschaftskandidaten Stevenson beraten lässt, von dem der Ausspruch stammt: "Gegen den Kommunismus kann man nicht mit Gewehren schießen..."

Während des Washingtoner Besuchs wählte der dänische Ministerpräsident Hansen in Bonn, wo er auch mit Bundeskanzler Adenauer zusammentraf. Seine Warnung, die NATO-Sitzung möge nicht ein Versuch sein mit den Sowjets auf dem Gebiet der Eroberungen in Wettbewerb zu treten, mag manchen Bonner Befürworter einer "Politik der Stärke" in den Ohren klingeln.

Rückt Mendès-France wieder nach vorn?

B. - Paris, Ende November

Die Niederlage des radikalsozialistischen Ministerpräsidenten Gaillard auf dem Kongress seiner Partei am vergangenen Wochenende in Strassburg bei der Abstimmung über den tunesisch-marokkanischen Vermittlungsvorschlag in der Algerienfrage hat den früheren Ministerpräsidenten und Parteifreund Gaillard, Mendès-France, wieder in den Vordergrund gerückt. Mendès-France erhielt bekanntlich für seine Propaganda, das Vermittlungsangebot Tunesiens und Marokkos anzunehmen, 648 Stimmen; Gaillard, der sich verzweifelt gegen die Annahme des entsprechenden Antrages gewehrt hatte, nur 472 Stimmen. In einer normal funktionierenden Demokratie müsste der unterlegene Ministerpräsident eigentlich zurücktreten, denn schliesslich hat ihm seine eigene Partei die Befolgung versagt. Aber Gaillard bleibt; er ist unerschrocken, auch ohne seine Partei zu regieren.

Wie ist das möglich? Die Fraktion der Radikalsozialisten in der Nationalversammlung kümmert sich schon seit Jahr und Tag nicht mehr um die Beschlüsse ihrer eigenen Partei. Die Versuche von Mendès-France, die er in der Zeit seiner Regierbarkeit immer wieder erneuert hat - Partei und Fraktion auf einen Nenner zu bringen - sind ergebnislos geblieben. Die Mitglieder der Parlamentsfraktion glauben an hervorragende Persönlichkeiten zu sein, dass sie überhaupt nicht notwendig hätten, sich nach der Meinung des "Partei-Puschkel" zu richten. Die Folge davon ist eine Politik der Parlamentsfraktion, die immer nur von der Überlegung ausgeht, ob diese oder jene Persönlichkeit heute oder morgen koalitionsfähig sein kann. Da in Frankreich die Regierungen häufig wechseln und gelegentlich auch einmal die Männer ausgewechselt werden müssen, will kein Abgeordneter auf die Möglichkeit verzichten, auch einmal der Ausgewählte zu sein.

Deshalb ist es auch irrig, anzunehmen, dass sich Mendès-France nach dem Parteitag von Strassburg jetzt schon ganz nach vorn spielen kann. Gewiss, er hat die Mehrheit seiner Partei hinter sich, aber in der Praxis bleiben er und seine Freunde eine Minderheit. Die französische Öffentlichkeit wird natürlich Mendès-France nach dem Parteikongress wieder stärker beachten als bisher, zumal in den Kreisen, die nicht parteigebunden sind, die Stimmung für eine möglichst baldige Beendigung des Krieges in Algerien nicht ungünstig ist. Die politische Praxis Frankreichs jedoch wird im Augenblick kaum dadurch beeinflusst werden, und Mendès-France wird sich bestimmt noch eine ganze Weile mit der Rolle des Manners begnügen müssen.

Keine Experimente, bitte !

Von H.G. Ritzel, MdB

Ein Schlagertext der CDU zur Bundestagswahl 1957 lautete: "Keine Experimente!" Der deutsche Wähler hat daran geglaubt und mehrheitlich dafür gestimmt, dass keine Experimente gemacht werden sollen. Heute kann jeder sich selbst ausmalen, welche Art von Experimenten, die nicht gemacht werden sollen, der deutsche Wähler gemeint hat. Man kann Experimente gemeint haben auf dem Gebiete der Aussenpolitik, auf vielen Gebieten der Innenpolitik, man kann Experimente gemeint haben auf dem Gebiete der Steuer- und Finanzpolitik, man kann die Unterlassung von Experimenten auf dem Gebiete der Außenwirtschaft gemeint haben, kurzum der Phantasie sind in dieser Hinsicht keine Schranken gesetzt.

Die Abgeordneten des Ersten und Zweiten Deutschen Bundestages haben mindestens einen bestimmten Wunsch in Bezug auf einen ihrer Arbeitsplätze, den Plenarsaal des Deutschen Bundestages, geäußert: Sie wollen den hohen Unterschied zwischen sich und der Regierung ertässigt wissen. Wenn ein Abgeordneter von seinem Platz aufsteht, um mit einem Minister zu sprechen und sich zu diesem Zweck zur Ministerempore begibt, dann steht er einer erhöhten Sitzgelegenheit des Ministers gegenüber, die etwa 1,60 m beträgt, so dass der Minister - immer von oben nach unten blickt und der Abgeordnete wie anbetend von unten nach oben. Es ist nicht gerade ein Ausdruck praktizierter Demokratie, was hier sichtbar ist und es ist ein ganz legales Verlangen der Abgeordneten, dass dieser Höhenunterschied beseitigt werden soll.

Mehr freie Reden

Nicht wenige Abgeordnete haben einen anderen Wunsch geäußert: Sie möchten von der vorhandenen Bestimmung des Deutschen Bundestages besseren Gebrauch gemacht wissen, wonach der eine Rede haltende Abgeordnete nicht eine Schreibe verlesen, sondern möglichst frei sprechen soll. Der jeweils antretende Präsident hätte es in der Hand, von der Bestimmung des § 37 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen, der da vernünftigerweise lautet:

"Die Redner sprechen grundsätzlich in freiem Vortrag. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen. In Wortlaut vorbereitete

Reden sollen eine Ausnahme sein und dürfen nur mit Genehmigung des Präsidenten vorgelesen werden".

Es liegt also an jeweils amtierenden Präsidenten, von der Bestimmung des § 37 entsprechenden Gebrauch zu machen. Der Paragraph ist elastisch genug, um jedem Bedürfnis zu entsprechen. Man kann beispielsweise bei Erörterung eines ganz schwierigen Gesetzestextes von dem Redner nicht verlangen, dass er ohne alle Unterlagen spricht, man muss auch zugestehen, dass gewisse Formulierungen nach vorbereiteten Wortlaut vorgetragen werden müssen. Man wird auch zugeben müssen, dass eine nach genau vorbereiteten Text vorgetragene Regierungserklärung eine ebenso genau vorbereitete und wortwörtlich konzipierte Antwort erfordert. Man wird bei der Beratung des jeweiligen Haushalts und bei ähnlichen Gelegenheiten zugestehen müssen, dass Zahlen und prägnante Vorschläge aufgrund schriftlicher Unterlagen vorgetragen werden, aber man wird ebenso auch erwarten dürfen, dass im Sinne der Geschäftsordnung bei zahlreichen Gelegenheiten frei gesprochen oder ausserstenfalls kleine Aufzeichnungen Stichworte benutzt werden können.

Kostspieliger Umbau ?

Diese Forderungen des Parlaments selbst sollen nun auf eine merkwürdige Weise berücksichtigt werden. Man will wieder einmal umbauen! Zwar hat der Bundestag beschlossen, dass in allen nicht-durchaus dringlichen Fällen ein Baustopp gelten soll, aber jetzt überlegt man, ob man den Plenarsaal in seinem Gestühl nicht umgestalten soll. Man will die Abgeordneten Augen in Höhe einander gegenübersetzen, man will den Rednerpult beseitigen, man will, man will, man will Das kostet doch Geld. Man will sogar - soweit es geht - die Arbeitsfähigkeit des Parlaments beeinträchtigen, indem man den Abgeordneten die vorhandene Schreibgelegenheit wegnimmt. Warum dies alles? Ist es nicht richtig, gerade in diesem Falle zu sagen:

Keine Experimente !

Das Gestühl, so wie es ist, genügt, die Platzordnung reicht aus. Man kann vielleicht im hinteren Drittel eine leichte Erhöhung, die langsam um 30 cm ansteigt, durchführen, aber man soll die Regierung durch die Beseitigung der obersten Treppenstufe und die entsprechende Her-

absetzung der Regierungssitze um etwa 20 bis 40 cm auf den Stand bringen, der die oftmals auch auf die Beurteilung des Ranges der Regierung übergreifende Sitzhöhe entsprechend reduziert. Man kann in gleicher Weise auch um 1 bis 2 Treppenstufen den Sitz des Bundestagspräsidenten und der Beisitzer senken, ohne dass den antretenden Präsidenten damit irgendein Vorgang im Hause entgeht, aber damit könnte es genug sein. Die hieraus entstehenden Kosten lassen sich aus vorhandenen Etatmitteln decken. Ich bin überzeugt davon, dass die entscheidende Mehrheit des Bundestages keine Neigung haben wird, kostspielige Experimente anzustellen.

Noch weniger Neigung aber wird bei arbeitsamen Abgeordneten vorhanden sein gegenüber dem Vorschlag, die jetzt gegebene Schreibgelegenheit wegzunehmen. Man soll doch nicht vergessen, dass dieser Bundestag anders als ein anderes Parlament in der Vergangenheit und trotz aller Erwartungen auch in der Zukunft den einzelnen Abgeordneten mit einer solchen Flut von Papier, von Gesetzesanträgen, von Vorstellungen, von Bittschriften etc. eindeckt, dass der Abgeordnete auf einen, wenn auch noch so bescheidenen kleinen Arbeitsplatz im Plenum nicht verzichten kann. Er muss seine Papiere dort hin legen können, er muss die Drucksachen von dort nehmen können, um sie während der Sitzung zu lesen, um sich zu orientieren, über was gesprochen, über was abgestimmt wird. Wenn man das Parlament nicht zu einer Sammlung von Menschen degradieren will, die infolge des Fehlens der technischen Voraussetzungen lediglich bei Abstimmungen auf Vordermann gebracht werden müssen, dann soll man die Arbeitsmöglichkeiten des Parlaments nicht gefährden. Weh hier gilt es: Keine Experimente, bitte!

Nicht gegen Berlin bauen !

Und schliesslich noch ein grosser politischer Gesichtspunkt: Man soll das Provisorium Bonn nicht ohne unbedingte Notwendigkeit vorzuziehen. Der Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat sich in dankenswerter Weise für die Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes in Berlin eingesetzt. Das bedeutet doch zur gleichen Zeit die Bejahung des Grundsatzes, dass in Bonn nicht gegen Berlin gebaut werden soll. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für von aussen sichtbare Neubauten, er gilt auch für kostspielige innere Verbesserungen. Wir glauben an die Wiedervereinigung, wir ersetzen sie für eine nahe Zukunft und wir wollen auch aus dieser Hoffnung und diesem Glauben heraus vermeiden, Schwierigkeiten zu bereiten. Darum auch hier: Keine Experimente, bitte!

Flüchtlinge, von denen "man" nicht spricht...

Dies wird geschrieben:

Es gibt Flüchtlinge, von denen "man" nicht spricht; für ihre Leiden und Schicksale interessiert "man" sich nicht; kein Flüchtlings-Kommissar ist für sie zuständig, keine Regierung verantwortlich; weder Menschenrechtler, noch Tierrechtler ereifern sich über ihre Probleme, und eine offene Hand, ihnen zu helfen, findet sich nicht leicht. "Man", - das sind die grossen Meinungsproduzenten von heute: Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen. "Man", - das sind die Prominenten, die im Rampenlicht stehen. Ausnahmen bestätigen auch hier nur die Regel.

Als vor einem Jahr die Ungarn ihren Freiheitskampf führten, stand "man" auf ihrer Seite, erfreulicherweise (wir wollen hier nicht untersuchen, aus welchen Gründen immer); und als die russischen Panzer den Aufstand niederwalzten, war das Weltgewissen aufgerüttelt, und nicht nur "man", nein, alle halfen den Besiegten. Auf dem Rücken einer Hochkonjunktur mit guten Verdiensten und Arbeitskräfte-Mangel war das auch gut möglich.

Die Flüchtlinge aber, die ^{weder} in den Schlagzeilen der ersten Seite, noch in den Notizen auf der letzten erwähnt werden, deren oft menschenunwürdige Existenz, deren Gesundheitszustand das Weltgewissen nicht beunruhigen (25 % waren oder sind an TBC-Erkrankte infolge der grossen Not), das sind die Besiegten des vor zwei Jahrzehnten ausgefochtenen spanischen Freiheitskampfes. Genauer gesagt: es sind die Alten, Kranken und Invaliden unter ihnen. Und doch hätten gerade sie Anspruch auf Hilfe! Denn sie waren die Ersten, die sich in einem grossen Volkskampf den Franco-Hitler und Mussolini entgegenwarfen und Opfer über Opfer brachten. Und als sie der Übermacht weichen und auf fremden Boden fliehen mussten - im Jahre 1939 - empfing sie keine hilfsbereite Welt, sondern eine, die sich in den Konvulsionen vor dem zweiten Weltkrieg wand. Stacheldraht, Hunger und Elend erwarteten sie in Frankreich wie in der Sowjetunion, wohin es manche trieb, weil sie das Paradies der Werktätigen dort zu finden glaubten. Und Stacheldraht, Hunger und Elend blieben ihr Los für viele viele Jahre.

Von denen, die überlebten, haben sich die Jüngeren ihr Leben noch wieder aufbauen können. Aber die Altgewordenen, die Kranken und

die Invaliden blieben im tiefen Schatten grosser Not. Und die Welt, die so leicht helfen könnte, ignoriert ihre tragische Existenz.

Um gerade diesen von der Welt Vergessenen zu helfen, wurde vor einigen Jahren in New York das "Spanish Refugee Aid", gegründet unter dem Ehrenvorsitz von Pablo Casals und einer Reihe anderer Namen von bestem Klang. Das SRA sammelt Mittel und übt damit in aller Stille ein echtes Solidaritätswerk unter etwa zweitausend dieser Opfer faschistischer Tyrannei aus. Es hilft mit Zuschüssen zum dringendsten Lebensbedarf, wozu auch Beihilfen für Medikamente, Prothesen, künstliche Glieder u.ä. gehören; es hilft mit Arbeitsmitteln denen, die ihr Brot noch selbst verdienen können.

In dieser besonders schweren Situation in heutiger Frankreich sind diese alten, Kranken und invaliden Flüchtlinge auf's höchste gefährdet. Wir sind daher alle mitaufgerufen, hier zu helfen. Wer es nach Erfüllung seiner Verpflichtungen noch irgend kann, der sende eine Geld- oder Paketspende an die Sekretärin der Zweigstelle des Hilfswerks: Mme Suzanne Chatelet, 12, avenue de Gaulle, Perpignan, F.O., Frankreich, die die Verteilung vornimmt. (Geld kann auch die Post, oder von einem Konto durch Bank oder Sparkasse überwiesen werden. Gesandtenpakete - möglichst mit gut erhaltener, warmer Kleidung, Wäsche, Schuhe usw. - als Paket ohne Handelswert zu deklarieren, werden von jedem Postamt befördert.)

Die Gaben, die bisher schon aus der Bundesrepublik dort eintrafen, erfüllten manches Herz mit Freude und Dankbarkeit, und vor allen mit neuem Mut.

Es ist keine gute Sache, dass man die freie Welt an ihre Verpflichtungen gegenüber jenen Menschen erinnern muss, die gegen Franco die spanische Republik verteidigten; gegen Franco, der sich mit Hitler und Mussolini verbündete, um die Demokratie in Spanien zu vernichten. Über ist es der freien Welt peinigend, darauf hingewiesen zu werden, dass Spanien heute auch ein totalitärer Staat ist?

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel